

Resolution

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen-
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 5-0
Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Gießen, den 03. Dezember 2011

Die Ausländerbeiräte in Hessen trauern um Enver Şimşek und Abdurrahim Özüdoğru aus Nürnberg, Süleyman Taşköprü aus Hamburg, Habil Kılıç aus München, Yunus Turgut aus Rostock, Ismail Yaşar aus Nürnberg, Theodoros Boulgarides aus München, Mehmet Kubaşık aus Dortmund, Halit Yozgat aus Kassel und Michèle Kiesewetter aus Heilbronn. Wir fühlen mit den Angehörigen, denen die rassistische Mörderbande unfassbares Leid angetan hat.

Wir sind entsetzt und tief erschrocken über das Ausmaß des braunen Terrors auch in Hessen. Wir sind betroffen über die Rolle der Landesämter für Verfassungsschutz, die ihrer Aufgabe und Verantwortung offensichtlich nicht gerecht wurden. Gesellschaft und Politik dürfen jetzt nicht zur Tagesordnung übergehen. Notwendig ist eine lückenlose Aufklärung der Taten und im extremistischen Umfeld der Täter. Notwendig ist eine konsequente Bestrafung auch der Unterstützer.

Notwendig ist aber vor allem, endlich öffentlich einzugestehen, dass Rassismus und menschenverachtende Einstellungen keine Randerscheinungen in rechten Cliquen sind, sondern - wie Studien seit Jahren belegen - tief in der Mitte der deutschen Gesellschaft verankert sind.

Die Bekämpfung von Rechtsextremismus heißt deshalb in erster Linie auch, Rassismus und Diskriminierungen aufgrund der ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit entschieden entgegenzutreten. Dies muss jetzt ganz oben auf der politischen Agenda stehen!

Wir brauchen ein Umlenken in der hessischen Integrationspolitik. Integrationspolitik ohne eine konsequente und systematische Antirassismus- und Antidiskriminierungspolitik, die den Abbau von Ressentiments in einem erheblichen Teil der deutschen Gesellschaft zum Ziel hat, ist zum Scheitern verurteilt.

Die Ausländerbeiräte in Hessen fordern daher u.a.:

- die Bekämpfung von Rassismus, Diskriminierung und Rechtsextremismus zur Chefsache zu erklären,
- nachhaltige Programme gegen Vorurteile, Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie aufzulegen,
- landesweit gut ausgestattete Antidiskriminierungsstellen einzurichten,
- eine Antidiskriminierungsgesetzgebung auf Landesebene,
- die Maßnahmen und Programme des Landes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus deutlich auszuweiten,
- eine Bundratsinitiative zur Erweiterung des Volksverhetzungsparagraphen § 130 im Strafrecht, damit rassistischen und diskriminierenden Äußerungen wirkungsvoll begegnet werden kann.